



Wirtschaftsethik in Zeiten des Krieges

Unternehmensethische Verantwortung vor neuen Herausforderungen

Von: Jörg Hübner, erschienen im Deutschen Pfarrerrblatt, Ausgabe 6/2022

Was für Perspektivwechsel: verantwortliches Handeln in Zeiten des Krieges! Noch vor ein paar Monaten hätte keiner in Europa dies als eine ernstzunehmende Frage, geschweige denn als eine ethisch bedeutsame Problemanzeige begriffen. Erst recht nicht in Theologie und Kirche. Der Ukraine-Krieg stellt unternehmerisches Handeln jedoch vor neue Herausforderungen, wie Jörg Hübner zeigt.

Mit dem 24. Februar 2022, der mit größter Wahrscheinlichkeit genauso in die Weltgeschichte eingehen wird wie der 11. September 2001, haben sich die Koordinaten, in denen gewissenhaftes und verantwortliches Handeln einzuzeichnen und zu verorten sind, erheblich geändert. Hier jedoch von „Zeitenwende“ zu sprechen, wie es Bundeskanzler Olaf Scholz am 27. Februar 2022 im Bundestag getan hat,¹ mag zwar in politischer Hinsicht zutreffen: Die sicherheitspolitischen Leitplanken Deutschlands wurden und werden durch den Ukraine-Krieg erheblich verschoben. Ob allerdings in ethischer und theologischer Perspektive im gleichen Atemzug von einer „Zeitenwende“ zu sprechen ist, erscheint mir jedoch fraglich. Denn die Menschen, ihre Bedürfnisse, ihre Würde und die ihnen zustehenden Rechte, ihre Hoffnung auf Frieden, ihr Einsatz für eine soziale und gerechte Weltgemeinschaft haben sich über Nacht nicht verändert. Diese Zeit, in der wir gewissenhaft sowie verantwortlich handelnd stehen und uns dabei an einem normativen Kompass orientieren, hat (hoffentlich) keine Wende erfahren. Nur die Mittel und Instrumente, mit denen dieses Zielbild angestrebt und erreicht werden kann, haben sich in den Zeiten des Krieges gewandelt, und darüber gilt es nun in ethischer Perspektive Rechenschaft abzulegen.

Dies gilt es im Blick auf eine zukünftige Friedensethik zu tun, und hier sind die Diskurse in unseren evangelischen Kirchen, aber auch innerhalb der protestantischen Sozialethik schon längst in Gang gekommen. Ein Ergebnis ist noch nicht absehbar. Auch innerhalb der EKD sind die Positionen sehr unterschiedlich: Der Friedensbeauftragte der EKD, Friedrich Kramer, lehnt Waffenlieferungen an die Ukraine vehement ab. Die Ratsvorsitzende, Annette Kurschus, dagegen befürwortet sie und mahnt eine Neupositionierung einer evangelischen Friedensethik an.

Gar nicht „auf dem Radar“ der ethischen Betrachtungen in unseren Kirchen und in unserer Sozialethik ist jedoch eine andere Perspektive: die unternehmensethische Herausforderung. Wie sollen sich Unternehmen in diesem Krieg verhalten? Sollen sie sich aus den Russland-Geschäften herausziehen? Oder ist Tun lediglich auf Gewinn ausgerichtet, und die Geschäfte laufen so weiter wie bisher? Im Verborgenen ereignet sich auch hier ein Diskurs, der so wichtig ist, dass wir ihn in unseren Kirchen wahrnehmen und uns dazu möglicherweise auch verhalten. Mein Beitrag nimmt die wirtschaftsethische Perspektive ein und fragt nach Herausforderungen, die sich daraus für eine Verantwortung von Unternehmen ergeben.

!??Ein Konsens des gesellschaftlichen Diskurses

Dies gilt es zunächst als Konsens des gesellschaftlichen Diskurses festzuhalten: Mit dem Angriffs- und Eroberungskrieg, den der russische Autokrat am 24. Februar 2022 begonnen hat, werden mehr und mehr Kriegsverbrechen begangen. Eine wachsende Zahl unbeteiligter Zivilisten ist getötet worden. Und: Die seit 1945 geltenden völkerrechtliche Standards wie die Achtung der territorialen Souveränität eines Staates werden durch diesen Krieg mit Füßen getreten.



Aus diesem Grund haben sich weltweit viele Unternehmen aus dem Russlandgeschäft zurückgezogen. Die globale Bewegung umfasst alle Branchen, kleine Unternehmen und große Konzerne: IKEA hat seine Filialen in Russland geschlossen oder VW stoppt seine Fahrzeugproduktion unweit von Moskau und friert seine Russlandexporte ein. Selbst der britisch-niederländische Ölkonzern Shell beendet seine Zusammenarbeit mit der russischen Gazprom. Die Liste der global tätigen Unternehmen, die aus freien Stücken und keineswegs auf Grund der rechtlich bindenden Sanktionsvorgaben der EU oder der USA ihre Russlandbeziehungen aufgegeben oder temporär eingestellt haben, ist außerordentlich lang und wird jeden Tag länger.

Aber es gibt auch eine Fülle von mittelständischen oder global tätigen Unternehmen, die anders reagieren. Ritter Sport, ein in Baden-Württemberg ansässiges mittelständisches Unternehmen, gehört dazu und hat dafür einen wahrhaften Shitstorm in den Sozialen Medien erlebt.² Aber auch der schweizerische Konzern Nestlé wird im gleichen Atemzug zu nennen sein. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj fand dafür deutliche Worte: Die Geschäfte des Unternehmens liefen weiter, „obwohl unsere Kinder sterben und unsere Städte zerstört werden“.³ Nestlé wehrt sich gegen diesen Vorwurf und betont, man stehe in der Verantwortung, die russische Bevölkerung weiterhin mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Dazu gehörten Babynahrung, Frühstücksflocken und therapeutische Tiernahrung: „Wir haben sämtliche Importe und Exporte aus Russland gestoppt – außer bei lebenswichtigen Produkten“, so der Konzern in seiner Pressemitteilung. Ein vollkommener Rückzug schade nur der unbeteiligten russischen Bevölkerung. Zudem habe der Konzern seine Investitionen in Russland auf Eis gelegt und auf Werbung in Russland verzichtet.⁴ Ob therapeutische Tiernahrung allerdings wirklich zu den absolut lebensnotwendigen Produkten gehört, kann m.E. durchaus kritisch hinterfragt werden. Und ob nicht auch die Angst vor Enteignungen von Vermögenswerten durch den Kreml das schweizerische Unternehmen motiviert, die Russlandgeschäfte in Grenzen aufrecht zu erhalten, kann ebenfalls kritisch angemerkt werden.

Abgesehen davon stellt sich aber die alte Frage in einem neuen Gewand und in beklemmender Schärfe: Wie moralisch sollen und können Unternehmen handeln? Welche soziale Verantwortung tragen sie? Wovon sollen sich Unternehmen in ihrer Verantwortung leiten lassen?⁵ „Freies unternehmerisches Handeln muss sich an ethische Grundsätze gebunden wissen, da es nur so seine Freiheit bewahren kann“, betonte eine Denkschrift der Evang. Kirche in Deutschland schon 2008.⁶ Wo liegen Möglichkeiten, Chancen und Notwendigkeiten der ethischen Verantwortungsübernahme, wo liegen ihre legitimen Grenzen?

II??Wirtschaftliche Zusammenarbeit als Dienst am Frieden?

Diese zentrale wirtschafts- und unternehmensethische Frage wird angesichts des Krieges unterschiedlich beantwortet. Ingo Pies⁷ zum Beispiel, Wirtschaftsethiker an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, warnt von einer hysterischen Debatte, vor einer „Eskalationsspirale kriegerischer Stimmung(smache)“ und einem „scharfmacherischen Überbietungswettbewerb“ der im Russlandgeschäft aktiven Unternehmen. „Insofern müssen wir das Seriositätsniveau unserer Diskurse dringend anheben. Sonst laufen wir Gefahr, mit emotional vernebeltem Verstand, aber natürlich reinsten Gewissens, Missverständnisse und Fehler zu prolongieren, die wir bei klarem Verstand und einem funktionsfähigen Moralkompass lieber vermeiden würden.“⁸ Pies lässt eine gewisse Zurückhaltung gegenüber sich verschärfenden Sanktionen erkennen und erinnert in diesem Zusammenhang an das „friedensstiftende Potential wirtschaftlicher Zusammenarbeit“. Kooperation auf wirtschaftlichem Gebiet kann der „Pazifizierung prekärer Konflikte“ dienen. Denn: Militärische Abschreckung funktioniert, so Pies, aufgrund einer stufenweisen Eskalation, bei der nach dem Überschreiten gewisser Hemmschwellen die Gegenseite bestraft wird. „Analog – aber gewissermaßen mit umgekehrtem Vorzeichen – funktioniert wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen (nicht zuletzt durch Sanktionen) isolierten Wirtschaftsräumen, indem man glaubhaft macht, auf dem Weg zum Best-Case-Szenario pragmatisch zu den nächsten Schritten bereit zu sein, so dass man



gewillt ist – und gewissermaßen nur auf die Gelegenheit wartet –, ein Wohlverhalten der Gegenseite durch Vorteilsgewährung und Kooperationsgewinne zu belohnen.“⁹ Wirtschaftliche Zusammenarbeit, so das zentrale Argument von Pies, leistet einen entscheidenden Beitrag dazu, die Eskalationsleiter wieder Schritt für Schritt hinabzusteigen, die zuvor militärisch erklommen worden sind. Wirtschaftliche Zusammenarbeit ist also für eine Ethik in Kriegszeiten von elementarer Bedeutung, weil sie das Interesse an eine Friedenspartnerschaft aufrechterhält und damit der „(un)moralischen Selbstgerechtigkeit“ Einhalt gebietet.

Im Hintergrund dieser Argumentation, die ein gewisses Verständnis für das Aufrechterhalten von wirtschaftlicher Zusammenarbeit in Zeiten des Krieges aufbringt, steht das bekannte Narrativ „Wandel durch Handel“. Dieses Narrativ ist eine Abwandlung des Diktums der berühmten Tutzingener Rede von Egon Bahr, die er vor bald 60 Jahren in der dortigen Evang. Akademie am 15. Juli 1963 gehalten hatte.¹⁰ Gegenüber der in Bonn noch geltenden Hallstein-Doktrin, nach der Beziehungen zu Ostberlin unerwünscht waren, setzte sich der sozialliberale Westberliner Senat unter der Führung des Regierenden Bürgermeisters Willy Brandt damals für eine aktive Verständigungspolitik ein. Brandts Sprecher Egon Bahr stellte diese veränderte Strategie in Tutzing damals zum ersten Mal vor: Der Versuch, durch den Abbruch politischer und wirtschaftlicher Verbindungen oder durch die bewusste Verschärfung der Situation einen Zusammenbruch kommunistischer Staaten herbeizuführen, habe sich in der Vergangenheit als der falsche Weg herausgestellt. Das sowjetische Herrschaftssystem solle, so Bahr, von innen her aufgelöst werden. Verstärkte Handelsbeziehungen mit dem Osten, so seine Überlegung, erhöhten den dortigen Lebensstandard und würden auf Dauer auch die Konsumwünsche und damit die sonstigen menschlichen Ansprüche in der Bevölkerung wachsen lassen. „Wandel durch Annäherung“ – so nannte Bahr vor bald 60 Jahren diese neue Strategie. Und er schloss seine Rede mit dem – auch rhetorisch eindrucksvollen – Satz: „Ich bin fest davon überzeugt, dass wir Selbstbewusstsein genug haben können, um eine solche Politik ohne Illusionen zu verfolgen, die sich außerdem nahtlos in das westliche Konzept der Strategie des Friedens einpasst, denn sonst müssten wir auf Wunder warten, und das ist keine Politik.“

III??Handel geht auch ohne Wandel

„Wandel durch Annäherung“ oder „Wandel durch Handel“: Diese neue, auf Frieden und Ausgleich bedachte, sicherlich zurecht in einer Evang. Akademie zum ersten Mal verkündete Strategie einer anderen Ostpolitik hatte neben anderen politischen und ökonomischen Faktoren der Pestroika-Politik der Sowjetunion und dem Erfolg Gorbatschows Ende der 1980er Jahre den Weg bereitet. Voraussetzung für diesen Wandel war allerdings nicht nur der Wille zum Frieden und zum Ausgleich, sondern auch die Existenz unterschiedlicher Wirtschaftssysteme und deren Misserfolg bzw. Erfolg. Aber in den 1990er Jahren setzte sich mit der Globalisierung eine international verteilte „Werkzeugbank“ und dann vor allem auch ein einheitlicher, globaler Finanzmarkt durch. Das alles hatte zur Folge, dass auch die sowjetischen Nachfolgestaaten und China in den globalen Wirtschaftsraum erfolgreich eingebunden werden konnten; internationale Arbeitsteilung konnte sich etablieren. Dies alles war gewiss auch ein menschlicher Erfolg: Die absolute Zahl der armen Menschen sank, die Kennzahl der Säuglingssterblichkeit wurde global marginalisiert oder das Wissen um eine ausreichende und funktionierende Sanitäreinrichtung wuchs.

Aber das ebenso intendierte Ziel, in menschenrechtlicher und demokratischer Perspektive „Wandel durch Handel“ zu erreichen, wurde nicht erreicht. Im Gegenteil: Es stiegen mit jeder Einbindung der nichtdemokratischen Staaten in die internationale Arbeitsteilung die Abhängigkeiten der westlichen von den östlichen Märkten erheblich an, und mit jeder weiteren Abhängigkeit bot und bietet sich für China und Russland die Gelegenheit, dort geltende Standards durchzusetzen. Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und Datenschutz blieben und bleiben so auf der Strecke. Handel geht auch ohne Wandel. Freie Märkte lassen sich auch mit unfreien Bürgern bewirtschaften. Es hat sich eine andere Variante von „Wandel durch Handel“ z.B. in der chinesischen



Außenwirtschaftspolitik durchgesetzt: Wer in China Autos verkaufen will, muss zum Los der Uiguren schweigen. Wandel und Veränderung erfolgen eben im Sinne chinesischer Werte.

Das Narrativ „Wandel durch Handel“ wird aus diesem Grund in der internationalen Politikwissenschaft unter den aktuellen Gegebenheiten zunehmend mehr kritisch betrachtet. Das friedensstiftende Potential des Narrativs, das Egon Bahr 1963 mit seiner Rede in der Evang. Akademie Tutzing beschwor und das einer kreativen Kombination von Anreiz und Druck, Wirtschaft und Moral, Werten und Interessen entsprang, besteht unter den veränderten Gegebenheiten nicht mehr. Die bittere Erkenntnis des Ukraine-Krieges lautet in diesem Zusammenhang: Dieses Narrativ ist Geschichte. Es hat sich endgültig überlebt. Auch wenn es schon seit mehreren Jahren spürbar war, dass die internationale Verflechtung nicht zur Demokratisierung von Mächten wie China und Russland geführt hat, nun liegt diese Erkenntnis als grausame Realität vor unserer aller Augen zu Tage.

Was hat sich verändert? Was bedeutet dies für das unternehmerische Handeln in wirtschaftsethischer Perspektive?

IV??Neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit

Meine These ist, dass der neue Strukturwandel der Öffentlichkeit auch das unternehmerische Handeln, das strategische Planen und die konkreten Entscheidungen in Konfliktfällen mit betrifft und beeinflussen sollte. Was ist mit diesem Stichwort „neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit“ gemeint? Natürlich stammt auch dieser Begriff vom grand seigneur Jürgen Habermas.¹¹ Seine aktuelle Analyse der in der postmodernen Gesellschaft herrschenden Netzwerke lässt sich kurz so zusammenfassen:

Wurde noch bis in die 1990er Jahre hinein die Öffentlichkeit durch Gatekeeper, z.B. durch anerkannte Medien und verantwortliche Politiker, geprägt, so hat sich das Bild spätestens seit 2001 gewandelt: Soziale Medien strukturieren bekanntermaßen und für jeden nachvollziehbar eine neue Öffentlichkeit. Noch im letzten Jahr 2021 sagte Habermas in einem Interview: „Die klassischen Massenmedien konnten die Aufmerksamkeit eines großen nationalen Publikums bündeln und auf wenige relevante Themen lenken; das digitale Netz fördert die Vielfalt kleiner Nischen für beschleunigte, aber narzisstisch in sich kreisende Diskurse über verschiedene Themen. Die unbestreitbaren Vorteile dieser Technik stellt ja niemand in Frage. Aber im Hinblick auf den Strukturwandel der politischen Öffentlichkeit interessiert mich der eine Aspekt: Sobald die zentrifugalen Kräfte dieser ‚Blasen‘ bildenden Kommunikationsstruktur die Sogwirkung der inklusiven Öffentlichkeit aufwiegen, dürften sich konkurrierende öffentliche Meinungen, die für die Bevölkerung im Ganzen repräsentativ sind, nicht mehr ausbilden können. Die digitalen Öffentlichkeiten würden sich dann auf Kosten einer gemeinsamen und diskursiv gefilterten politischen Meinungs- und Willensbildung entwickeln.“

Im Zuge dieses Strukturwandels der politischen Öffentlichkeit erringen die zivilgesellschaftlichen Akteure eine enorme Bedeutung; sie besitzen sogar gegenüber den Verantwortlichen in der Politik einen entscheidenden Feldvorteil: Sie sind agiler, lassen sich nicht mehr einhegen, führen teilweise ein Eigenleben und beginnen, die Politik mehr oder weniger vor sich herzutreiben. Auch wenn Diktaturen darauf mit Beschränkungen des digitalen Zugangs versuchen, diesem global sich vollziehenden Strukturwandel der Öffentlichkeit einen Riegel vorzuschieben: Aufhalten lässt sich dieser Transformationsprozess von Öffentlichkeit nicht mehr. Allenfalls temporär und mit Gewalt eindämmen, wie wir aktuell in Russland beobachten können.

Was bedeutet dies nun für Unternehmen? Welche Relevanz kommt dieser Beobachtung für unsere wirtschaftsethische Frage zu? Vor allem: Welche Folgen hat dieser Strukturwandel der Öffentlichkeit für eine Ethik in Zeiten des Krieges?



V??Wirtschaftsunternehmen in öffentlicher Verantwortung

Zunächst einmal: Unternehmen und wirtschaftlich Agierende befinden sich nicht mehr in einer scheinbar neutralen Zone, die lediglich durch Gewinn und Kapital bestimmt wird. Sie befinden sich global im „Mittendrin“ der Gesellschaft. Sie übernehmen auch politisch Verantwortung – ob sie wollen oder nicht. Dem Wirtschaftsphilosophen Hartmut Kliemt¹² ist also zu widersprechen: Dass es sich im kapitalistischen Wirtschaftssystem westlichen Zuschnitts um ein Gesellschaftsmodell handelt, in dem staatliche und private Bereiche strikt getrennt sind und deswegen ein Manager einer Kapitalgesellschaft lediglich und ausschließlich Treuhänder der Eigentümer darstellt, verkennt genau diese veränderte Struktur von Öffentlichkeit. Mehr noch: Wenn Kliemt die These vertritt, dass ein Manager dem Wertepluralismus unter den Aktionären am besten entspricht, wenn er den langfristigen Unternehmenswert maximiert und allein der Gewinnmaxime folgt, entspricht einem überkommenen, längst nicht mehr gültigen Gesellschafts- und Geschäftsmodell. Also: Längst schon vor dem Ukraine-Feldzug des russischen Autokraten im Kreml hat eine nicht mehr aufzuhaltende Politisierung der Wirtschaft Einzug gehalten.

Wenn Unternehmen sich im Zuge dieses Strukturwandels der Öffentlichkeit, in dessen Netz sie selbst eingewoben sind, nicht angemessen, verantwortlich und an einem normativen Kompass orientierten kollektiven Gewissen auf diesen aktuellen Krieg reagieren, riskieren sie erhebliche Verluste. Der Verlust des Aktienwerts des global tätigen Unternehmens Nestlé nach dem aktuellen Diskurs zum Verhalten gegenüber den wirtschaftlichen Verflechtungen mit Russland spricht hier Bände. Diese Misere lediglich als Reputationsverlust abzutun, der mit einem Krisencoach zu bewältigen sei, verkennt die veränderte Situation. Es handelt sich hier eben nicht nur um einen Reputationsverlust, sondern um einem Managementfehler in der normativ besetzten Kommunikation mit der Öffentlichkeit.

Ich möchte noch einmal in Erinnerung rufen: In diesem Krieg haben wir es nicht mit irgendeiner zwielichtigen normativen Position zu tun, die so oder vielleicht auch anders beurteilt werden könnte und in der offen ist, was denn möglicherweise das richtige, verantwortliche, am Gewissen orientierte Handeln sein könnte. Nein, hier handelt es sich um einen offen zu Tage liegenden Völkerbruch, um die größte Verletzung des im Krieg geltenden Rechts nach der Genfer Konvention, um Verbrechen an der Zivilbevölkerung, um einen Eroberungsfeldzug im Muster des 19. Jh. sowie um einen Autokraten, der, um es in der Spieltheorie zu sagen, als notorischer moralischer Trittbrettfahrer geltendes Recht auszuhebeln versucht. Auch gemäß der ökonomischen Spieltheorie gibt es in solch einem Fall nur eine Möglichkeit, moralische Trittbrettfahrer in ihrer schädigenden Wirkung für das Gesamtergebnis aufzuhalten: deren Begrenzung nämlich.

Deswegen ergeben sich für eine ethische Betrachtung zwei generelle Schlussfolgerungen aus dieser Analyse, und hier stimme ich dem Urteil des Wirtschaftsethikers Thomas Beschorner von der Universität St. Gallen vollkommen zu:

Zum einen: Es ist für „Unternehmen ethisch geboten, alles in ihrer Macht Stehende zu unternehmen, um im Geiste der gesellschaftspolitischen – und normativ legitimierten Vorgaben, diesen Krieg baldmöglichst zu beenden und Frieden zu ermöglichen. Dies sollte für Unternehmen nicht nur eine Frage gesellschaftlicher Akzeptanz sein. Es geht nicht nur um ein erweitertes Kosten-Nutzen-Denken und um die Sorge der Reputation. Es ist die Verantwortung und die moralische Pflicht von Unternehmen, durch ihr Handeln friedensstiftend zu wirken.“¹³ Dies bedeutet selbstverständlich, die Sanktionsvorgaben der Politik zu beachten und darüber hinaus jenseits der rechtlich bindenden Vorgaben Geschäfte mit Russland bis auf das notwendige Maß zu reduzieren.

Zum anderen: Die Sanktionsmaßnahmen führen schon jetzt dazu, dass die wirtschaftliche Beschädigung Russlands beträchtlich ist und sich diese, je länger der Krieg dauert und je mehr Gräueltaten begangen werden, auch in den nächsten Jahren nicht so einfach reparieren lässt. Wer daran aktiv etwas ändern will, muss sich in der Zivilgesellschaft Russlands für Menschlichkeit und Gerechtigkeit einsetzen oder dazu motiviert werden. Gewinnorientierte Organisationen und



Unternehmen sollten in ihrer Geschäftstätigkeit, die Russland betrifft, genau auf dieses Ziel und diese Möglichkeit ausgerichtet sein.

VI??Sechs Leitsätze für verantwortliches unternehmerisches Handeln

Was bedeutet dies nun konkret? Ich versuche, meine ethischen Schlussfolgerungen in sechs Leitsätzen zu übersetzen:

Erstens: Unternehmensverantwortung in Zeiten des Krieges bedeutet, aktiv Maßnahmen zu ergreifen, die den Aggressor Russland schwächen und einem vorläufigen Frieden als Abwesenheit von kriegerischen Maßnahmen den Boden bereiten. Im Normalfall sollte dies heißen, wirtschaftliche Beziehungen abubrechen, Unternehmensbeteiligungen an russischen Unternehmen abzustoßen oder sogar Produktionsstätten in Russland temporär zu schließen, um sich nicht mit dem Aggressor gemein zu machen.

Zweitens: Bezogen auf die beiden oben genannten normativen Orientierungen kann es nur Ausnahmen von dieser Regel geben, wenn lebensnotwendige Güter davon betroffen sind. Dazu gehören z.B. Medikamente oder Dienstleistungen, die die Sicherheit der in Russland betriebenen Atomkraftwerke betreffen. Tiernahrung, auch wenn sie von therapeutischer Wirkung ist, gehört m.E. nicht dazu. Dabei gilt es zu beachten, dass sich die Ernährungssituation in Russland in den nächsten Monaten massiv ändern könnte – obwohl dies vermutlich einen langen Zeitraum umfassen wird, bis dieser Zustand wirklich eintritt. Wenn es aber doch noch zu massiven Versorgungsengpässen in Russland kommen sollte, ist die Definition dessen, was als Ausnahmefall zu beschreiben ist, noch einmal neu zu bedenken.

Drittens: Ausnahmen von der grundsätzlichen Beschränkung des Geschäftes im russischen Markt sind umfassend und normativ zu begründen. Gewinne und der gute Geschmack sind in dieser Situation des Krieges gewiss keine ernstzunehmenden Gründe. Denn durch den Krieg verlieren Menschen in der Ukraine ihr Leben, ihre Wohnung oder ihre Arbeitsplätze. Hier handelt es sich um sehr viel fundamentalere menschliche Grundgüter als um den Gewinn, der durch ein Russlandgeschäft eingebracht werden kann.

Viertens: In allen Fällen sind Ausstiegsszenarien zu benennen und offen zu kommunizieren. Eine klare Konditionierung der wirtschaftlichen Maßnahmen sorgt dafür, dass in allem die Friedensbotschaft mitschwingt: Wenn der russische Autokrat und seine Nomenklatura sich anders verhalten, den Krieg beenden und eine Sicherung des Territoriums der Ukraine selbstverständlich akzeptieren, können und sollten auch wieder Handelsbeziehungen aufgebaut oder fortentwickelt werden. Dabei gilt es in Zukunft zu beachten, dass nicht erneut ökonomische Abhängigkeitsstrukturen entstehen, die ein wirtschaftliches Agieren in Zeiten der Krise erschweren.

Fünftens: Nicht die Orientierung am russischen Markt sollte im Fokus stehen, sondern ein angemessenes Agieren für die und mit den Opfern des Krieges. Ein solches Verhalten ist sehr viel wirksamer im Sinne einer Achtung der Menschenwürde und der Menschenrechte als die Umsetzung von Sanktionen. In der Ukraine Hilfsdienste zur Verfügung zu stellen, Dienstleistungen verbilligt oder sogar kostenlos anzubieten, kann im Sinne des Friedens wirksamer sein, als sich alleine auf Abgrenzungsversuche von Russland zu konzentrieren.

Sechstens: Im Sinne der Stärkung der auf Menschenrechte und Demokratie drängenden Zivilgesellschaft in Russland kann es bedeutsam sein, Fürsorge für die Mitarbeitenden in Russland zu übernehmen und soziale Übergänge bei Veränderungen des Russlandgeschäftes angemessen zu gestalten.



VII??Freiheit in Verantwortung

In allem geht es um das eine Signal: Freiheit, wirtschaftliche, menschliche und politische Freiheit, ist uns etwas wert. Sie darf und muss uns etwas kosten. Freiheit fällt nicht vom Himmel und sie ist auch keine Selbstverständlichkeit. Sie bedarf einer wehrhaften Unterstützung von allen Seiten. Oder auch so: Freiheit ist kein Selbstläufer, sondern stets mit Verantwortung gepaart. Solch eine Freiheit, die auf Menschlichkeit setzt, ein kostbares Gut darstellt und stets gepflegt werden muss, ist sehr viel attraktiver und überzeugender als eine Freiheit, die als Ausdruck von Gewinn und Ertrag verstanden oder aber gnädig von den „Oberen“ zuerkannt wird. Es kommt im Sinne des Friedens, der Menschenwürde und der Gerechtigkeit willen darauf an, diese Zuversicht einer Freiheit in Verantwortung zu leben. Und es kommt darauf an, an solch eine Freiheit zu glauben, so dass diese letztendlich überzeugen kann. Oder, um es mit dem Apostel Paulus im Brief an die Gemeinde in Galatien zu sagen: „Zur Freiheit hat euch Christus befreit. So steht nun fest und lasst euch nicht wieder das Joch der Knechtschaft auflegen!“ (Gal. 5,1). Dies gilt es auch für gewinnorientierte Einrichtungen und Unternehmen in handlungsfähige Grundsätze zu übersetzen.

Ethisches Verhalten hat sich gerade in Zeiten des Krieges daran zu orientieren. Daraus sind die nötigen Konsequenzen zu ziehen. Jetzt in der Zeit des Krieges in der Ukraine. In der Zukunft aber vielleicht auch im Umgang mit anderen Staaten, die diktatorisch agieren und die Menschenrechte mit Füßen treten. „Wandel durch Handel“, das in der Evang. Akademie Tutzing passend vorgetragene Narrativ – das war gestern. Leider. Heute und morgen geht es darum, den Wandel der Zivilgesellschaft aktiv in alle wirtschaftlichen Beziehungen mit einzubeziehen und damit einer Globalisierung der Menschenrechte den Boden zu bereiten. Oder auch: Wandel durch gelebte und verantwortete Freiheit. Und dann auch: Wandel durch eingeforderte und gelebte Menschenwürde. Auf Dauer wird dies zählen. Für eine wehrhafte Demokratie. Für einen ausreichenden Gewinn. Für einen nachhaltigen Schutz dieser Welt, denn der ökologische Fußabdruck eines jeden Krieges ist mehr als katastrophal. Damit also auch für ein – um es mit einer Abwandlung eines bekannten Diktums Ludwig Erhards zu sagen – Wohl-Sein für alle.

Anmerkungen

1?Deutscher Bundestag, 20. Wahlperiode, 19. Sitzung, 27. Februar 2022, Stenografischer Bericht, S. 1350ff.

2?Schokoladenhersteller. Ritter Sport will Gewinn aus Russlandgeschäft spenden: <https://www.zeit.de/news/2022-03/31/ritter-sport-will-gewinn-aus-russlandgeschaeft-spenden> (Aufruf am 04.04.2022). Nach scharfer Kritik hat das Unternehmen zugesagt, den Gewinn aus dem laufenden Russlandgeschäft an humanitäre Hilfsorganisationen zu spenden.

3?Konzerne wegen Russland-Geschäft am Pranger: <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/nestle-und-co-am-pranger-101.html> (Aufruf am 04.04.2022).

4?Ebd.

5?Vgl. in theologischer Perspektive z.B. Christopher G. Große, *Wirtschaft in der Verantwortung. Management und Kommunikation im Spannungsfeld zwischen Ethik und Ökonomik*, Göttingen 2011.

6?Unternehmerisches Handeln in evangelischer Perspektive. Eine Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Gütersloh 2008, 117.



7?Vgl.: Ingo Pies, Angst ist kein guter Ratgeber – Wut auch nicht: Ordonomische Reflexionen zum Ukraine-Krieg: <https://www.forum-wirtschaftsethik.de/angst-ist-kein-guter-ratgeber-wut-auch-nicht-ordonomische-reflexionen-zum-ukraine-krieg/> (Aufruf am 04.04.2022).

8?Ebd.

9?Ebd.

10?Egon Bahr, Wandel durch Annäherung“. Rede in der Evangelischen Akademie Tutzing [Tutzingener Rede], 15. Juli 1963:

https://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0091_bah (Aufruf am 04.04.2022). Egon Bahr, Zu meiner Zeit, München 1996.

11?Jürgen Habermas, Überlegungen und Hypothesen zu einem erneuten Strukturwandel der politischen Öffentlichkeit. In: Martin Seeliger/Sebastian Seignani (Hg.), Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit? Sonderband Leviathan, Bd. 37, Baden-Baden 2021, 470-500.

12?Christoph Eisenring, Russland aufgeben oder treu bleiben? Was Firmen nun bedenken müssen: Geschäften mit Russland: Was meint die Wirtschaftsethik? (nzz.ch) (Aufruf am 04.04.2022).

13?Thomas Beschorner/Guido Palazzo/Peter Seele/Markus Scholz, Raus aus Russland. Jetzt. Verantwortung von Unternehmen: Raus aus Russland. Jetzt. | ZEIT ONLINE(Aufruf am 04.04.2022).

Deutsches Pfarrerblatt, ISSN 0939 - 9771

Herausgeber:

Geschäftsstelle des Verbandes der ev. Pfarrerinnen und Pfarrer in Deutschland e.V

Heinrich-Wimmer-Straße 4

34131 Kassel